

P R O T O K O L L

über die 58. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der
Stadt Steyr, am Dienstag, 10. September 1985, im Rathaus, 1. Stock
hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:

Vizebürgermeister Leopold Wippersberger

VIZEBÜRGERMEISTER:

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsl

Erich Sablik

Rudolf Steinmaßl

Manfred Wallner

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Karl Hochrather

Karl Holub

Rupert Humer

Dr. Kurt Keiler

Wilhelm Kern

Mag. Gerhard Klausberger

Walter Köhler

Herbert Lang

Franz Mayr

Ernst Platzer

Erna Probst

Friedrich Reisner

Franz Rohrauer

Ing. Othmar Schloßgangl

Ernst Seidl

Franz Steinparzer

Hubert Sturmberger

Otto Tremel

Dkfm. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenats-
rat Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabi

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Dr. Kurt Schmidl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.

Dr. Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

| | |
|---------------|---|
| Sport-4820/81 | Sportanlage Rennbahn; Anschaffung von Sportgeräten. |
| Sport-4820/81 | Sportanlage Rennbahn; Bau von Sickerschächten. |
| Ha-4024/85 | Mandolinenorchester "Arion" Steyr; außerordentliche Subvention zur Durchführung einer Konzertreise in die UDSSR. |
| En-3962/85 | Schönauerbrücke rechter Brückenkopf; Errichtung einer Straßenbeleuchtung im Zuge der Parkplatzgestaltung. |
| GHJ2-129/85 | Städtische Pflichtschulen; Anschluß an das LiWeSt-Kabelfernsehnetz. |
| FW-4259/85 | Hydrantenaufstellung Rohrauerstraße. |
| Ha-7996/84 | SK Amateure Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zum Ausbau der Sportanlage. |
| Ha-5877/84 | Stadtkapelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Einrichtung eines Probenraumes im Schloß Lamberg; Restzahlung. |
| GHJ2-1165/85 | Tierheim Steyr, Neustifter Hauptstraße 11; Anschluß an das öffentliche Wassernetz; Übernahme von Kosten. |
| Bau5-5549/77 | Schloß Lamberg - Bibliothekstrakt (Probenräume der Stadtkapelle Steyr); Restaurierung. |
| GHJ1-4694/85 | Zentralaltersheim; Lieferung und Montage eines Metallportales. |
| GHJ1-4695/85 | Zentralaltersheim; Ankauf von Wagen für die Krankenabteilung II und die Küche. |
| GHJ1-4693/85 | Ankauf von Dienstbekleidung für die Bediensteten des Zentralaltersheimes. |
| Bau3-1240/81 | Regulierung der Steiner Straße; Projektierung der Seufzerbrücke in Stein; Schlußrechnung. |

| | |
|--------------|--|
| Pol-1020/85 | Vergrößerung des Jahrmarktgeländes am Tabor, Mozartstraße. |
| GHJ2-5040/85 | Hauptspiel- und Trainingsfeld des ASV Bewegung Steyr, Hubergutstraße; Sanierung bzw. Begrünung. |
| Bau5-4291/85 | Städt. Wirtschaftshof, Schlüsselhofgasse 65; Einbau einer Garage für den Hubsteiger der städtischen Elektriker. |
| Präs-782/81 | Bildbände für die Jungbürgerfeiern 1985 und 1986. |
| Bau3-5055/83 | Ausbau der Reindlgutstraße; Grundeinlösen. |
| Bau3-55/85 | Baumpflanzung in der Bahnhofstraße und Damberggasse; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 4. Juni 1985. |
| Bau3-55/80 | Gleinker Hauptstraße (Teilstück); Bestandsaufnahme; Fremdvermessung. |
| FW-5377/85 | Ankauf von 2 Tauchpumpen für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr, Sierninger Straße 53. |
| Ha-4688/85 | Bildungs- und Kulturarbeitskreis Münchenholz; außerordentliche Subvention. |
| GHJ1-5106/85 | Anschaffung eines Funkgerätes für den Bürgerdienstwagen. |
| Ha-5076/85 | Betreuung des Vogelhauses im Schloßpark; Refundierung der Futterkosten an Herrn Hubert Nosko. |
| Ha-4942/85 | Siedlerverein Fischhub/Steyr; außerordentliche Subvention. |
| Bau3-1445/84 | Aufschließung der Siedlungspartellen Gleink und Ausbau der Friedhofstraße; Parkplätze im Bereich der Gleinker Hauptstraße. |
| Bau2-4607/85 | Ansuchen um Bewilligung der Freigabe eines Betrages für Fremdvermessung; Höhenaufnahme im Bereich des Schlosses Lamberg. |
| Bau5-877/84 | Ansuchen um Bewilligung der Freigabe eines Betrages für Fremdvermessung; Feuerwehrdepot Münchenholz. |
| GHJ2-4192/85 | HS 2 Promenade; Verlegung einer Dachrinnenheizung. |
| GHJ2-5185/85 | Schulwartwohnung Punzerschule; Instandsetzungsarbeiten. |
| FW-5248/85 | Ankauf eines Stromerzeugers für die Feuerwehr der Stadt Steyr. |
| Pers-663/85 | VB Ingrid Huber - Gewährung eines erweiterten Bezugsvorschusses. |
| Pers-632/85 | VB Josef Kammerhofer; Verkehrsunfall am 22. 5. 1985; Geldaushilfe. |

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Sport-1440/85 Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Sportler und Funktionäre.
- 2) Ha-5018/85 Verein Museum Arbeitswelt; Ansuchen um Subvention für die Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt auf der Liegenschaft der ehemaligen Hack-Werke KG, EZ 1158, KG Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 3) Ha-1999/85 Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Gewährung der Jahressubvention 1985.
- 4) GemXIII-2809/81 BMW-Motoren-GesmbH Steyr; Kanalbenützungsg Gebühr; Abschluß eines Übereinkommens.
- 5) ÖAG-2997/75 Wasserverband "Region Steyr", Bauabschnitt Stadtwerke 02; Landesförderung 1984 und 1985; Darlehensannahme.
- 6) Wa-4125/73 Mülldeponie Steyr - Projektierung; Änderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 7. 2. 1985.
- 7) Präs-751/85 Zentrale Kläranlage - Zulagenregulierung.
- 8) Wa-5450/75 Zentrale Kläranlage; Schlammwässerung und Mülldeponie der Stadt Steyr; Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds.
- 9) Wa-5450/75 Instandhaltung von Anlagenteilen des Reinhaltungsverbandes durch Bedienstete der Stadt Steyr; Refundierung der Kosten an die Stadt; Ansuchen um Zustimmung zur Vorfinanzierung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

- 10) K-20/85 Fassadenaktion 1985; Fassadenerneuerungen und Denkmalerhaltung.
- 11) K-20/85 Alte Dachlandschaften von Steyr; Sanierung mit Tonziegelmaterial.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 12) Bau5-5400/84 Zentralaltersheim; weitere Umbaumaßnahmen; Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 13) VerkR-7268/83 Verkehrslichtsignalanlage Kreuzung Eisenbundesstraße – Pacher gasse – Klotzstraße; Kostenanteil der Stadt Steyr.
- 14) ÖAG-1838/85 Ankauf eines Sperrmüllwagens – Ausstattung mit Ladekran und Transportgerät für Wechselaufbauten.
Städt. Wi-Hof

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

- 15) Bau3-4711/83 Verlegung eines Teilstückes der Rieplfeldstraße.
- 16) Bau3-2967/85 B 122 (Voralpenbundesstraße) im Bereich Blümelhuberberg und Ennser Knoten; Durchführung weiterer Belagsarbeiten.
- 17) Bau3-4032/85 Ausbau der Christkindl- und Schwammingerstraße; Verbreiterung der Reitnerstraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 18) ÖAG-4201/85 Ausbau der Reindlgutstraße – Erneuerung und Stadtwerke Neuverlegung des Trinkwasserversorgungsstranges; Vergabe der Leistungen.
- 19) ÖAG-4497/85 Sanierung der Erdgasversorgungsleitung Redtenbachergasse – Schweizergasse.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 20) Bau6-4120/82 Kanalisation der Stadt Steyr; Bauabschnitt 04; Errichtung des Industriekanales Ost in Steyr-Münichholz.
- 21) Bau6-4840/83 Errichtung des Kanales Feldstraße (Kanalisation Weinzierl, 1. Ausbaustufe).

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 22) GHJ2-2003/85 Straße des 12. Februar 2 – Instandsetzungsarbeiten.
- 23) GHJ2-195/85 Sanierung des Schloßparkteiches.
- 24) Bau2-4632/85 Übernahme der Kunschakstraße in das öffentliche Gut.
- 25) GHJ2-5614/84 KHD-Depot Industriestraße 1; Garageneinbau.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie in Vertretung unseres sich im Krankenhaus befindlichen Bürgermeisters Heinrich Schwarz zur heutigen Sitzung herzlich begrüßen. Ich darf feststellen, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer bitte ich die Kollegen Sturmberger und Eichhübl. Entschuldigt für die heutige Sitzung sind außer unserem Bürgermeister Heinrich Schwarz noch die Gemeinderäte Heumann, Manetsgruber, Radler, Hanzlik und Liebl.

Zum Punkt "Allfällige Anfragen" darf ich mitteilen, daß solche nicht vorliegen. Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich folgendes sagen. Wir alle bedauern, daß unser Bürgermeister Heinrich Schwarz an der heutigen letzten Sitzung vor der Gemeinderatswahl nicht teilnehmen kann. Bekanntlich hat unser Bürgermeister vergangenen Freitag in den Abendstunden einen Verkehrsunfall erlitten und schwere Verletzungen davongetragen. Er liegt im Landeskrankenhaus Steyr. Die Verletzungen sind aber entgegen verschiedener Pressemeldungen nicht so schwer, so daß wir hoffen dürfen, daß er seine Amtsgeschäfte doch schon in absehbarer Zeit wieder aufnehmen wird können. Ich bin überzeugt, daß Sie damit einverstanden sind, wenn ich unserem Bürgermeister vom Gemeinderatsitzungssaal aus die besten Genesungswünsche übermittle.

Leider haben auch meine nächsten beiden Mitteilungen traurige Anlässe zum Inhalt. Vorige Woche erreichte uns die Nachricht, daß das langjährige Mitglied des Gemeinderates der Stadt Steyr, Vizebürgermeister i. R. Leopold Petermair, im 76. Lebensjahr stehend, verstorben ist. Bescheiden, wie es seine Art war, wünschte er eine Verabschiedung in aller Stille im Kreise seiner engsten Angehörigen.

Wir gedenken in dieser Stunde eines Mannes, der durch 20 Jahre dem Gemeinderat der Stadt Steyr angehörte, der niemals viel Aufhebens um seine Person machte, aber dennoch viel zur erfolgreichen Entwicklung der Stadt beitrug. Am 13. Jänner 1910 in Joslowetz geboren, führte ihn sein Lebensweg erst nach dem 2. Weltkrieg nach Steyr. Im Jahre 1947 trat er in den Dienst der Ennskraftwerke Steyr, wo er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1975 wirkte und zuletzt als Gruppenleiter in der Lohnverrechnung der EKW tätig war.

Im Jahre 1955 wurde er von der Österr. Volkspartei in den Gemeinderat entsandt und war zuerst im Fremdenverkehrsausschuß tätig. Im Jahre 1961 erfolgte seine Wahl zum Stadtrat und im Jahre 1967 zum Bürgermeister-Stellvertreter. Lange Jahre war er als stadträtlicher Referent für den Fremdenverkehr und das Staatsbürgerschaftswesen zuständig. In der Gemeinderatssitzung vom 9. September 1975 erklärte er wegen Erreichung der Altersgrenze den Verzicht auf die Ausübung seines Gemeinderatsmandates. In der gleichen Sitzung beschloß der Gemeinderat einstimmig, Bürgermeister-Stellvertreter Leopold Petermair durch die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr auszuzeichnen. Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger lautete:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste als Bürgermeister-Stellvertreter um die Entwicklung der Stadt und um die loyale Zusammenarbeit im Gemeinderat der Stadt Steyr".

Viele in unserem Kreis haben Leopold Petermair persönlich gekannt und schätzen gelernt. Sein zwanzigjähriges politisches Wirken nahm stets Bedacht auf das Wohl der Stadt und deren Bürger. Sein Bemühen war stets darauf bedacht, auch in schwierigen und strittigen politischen Fragen einvernehmliche Lösungen anzustreben und zu vertreten, wobei er immer seine Sachkenntnis, seine persönliche menschliche Konzilianz und seine Loyalität zur Stadt Steyr einsetzte. Der Gemeinderat der Stadt Steyr wird dem Verewigten stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

Aus einer Pressemitteilung erhielten wir Nachricht, daß am 20. August Herr Franz Schmidberger während einer Bergwanderwoche der Naturfreunde in Tirol tödlich verunglückt ist. Wahrscheinlich nur mehr wenigen in unserem Kreis ist bekannt, daß

Franz Schmidberger durch lange Zeit dem Gemeinderat der Stadt Steyr angehörte. Der Verstorbene hätte am 28. September dieses Jahres sein 74. Lebensjahr vollendet. Im Mai des Jahres 1952 wurde er von der Kommunistischen Partei Österreichs in den Gemeinderat entsandt und gehörte diesem bis zum Oktober 1967, also 15 Jahre, an. Im Gemeinderat war er im Finanz- und Rechtsausschuß und im Ausschuß für Schule und Kultur tätig. Seiner politischen Einstellung gemäß setzte er sich besonders für die Anliegen der arbeitenden Menschen ein.

Auch ihm will der Gemeinderat ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich bitte Sie, sich als Zeichen der Anteilnahme zu einer Gedenkminute für unsere beiden ehemaligen Gemeinderatskollegen von den Sitzen zu erheben.

Gedenkminute

Ich danke.

Ich darf nun mit meinen Mitteilungen fortfahren.

Vergangenen Mittwoch stattete Herr Staatssekretär Erich Schmidt dem BMW-Motorenwerk einen Besuch ab, um sich über die wirtschaftliche Situation an Ort und Stelle zu überzeugen.

Im Anschluß daran fand in Begleitung von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner und Bürgermeister Schwarz ein Besuch bei der Fa. Dräxlmaier statt. Bekanntlich beabsichtigt dieses Unternehmen zur Erzeugung von Kabelbäumen, auf den ehemaligen Schützenhofergründen eine Betriebsansiedlung mit dem Ziele vorzunehmen, 300 Frauenarbeitsplätze zu schaffen. Vorübergehend wurde die Produktion in einer Halle der Fa. Ratzinger aufgenommen. Es wurden bisher 60 Frauen eingestellt und wird in zwei Schichten produziert. Für die Stadt ist dies ein äußerst erfreulicher Umstand, weil an Frauenarbeitsplätzen immer wieder ein Engpaß besteht. Außerdem wird dadurch Bedenken entgegengetreten, die Firmengruppe Dräxlmaier hätte sich die Gründung eines Industriebetriebes in Steyr überlegt. Der Firmeninhaber teilte vielmehr mit, daß die Baumaßnahmen im nächsten Jahr eingeleitet werden und die Produktion voraussichtlich 1987 im neuen Betriebsgebäude anlaufen wird.

Eine weitere Mitteilung betrifft Jugendarbeitsplätze. Es ist allgemein bekannt, daß sich die Stadt schon im vergangenen Jahr am Aktionsprogramm des Bundesministeriums für soziale Verwaltung zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen der sogenannten Aktion 8000 beteiligt hat und es wurde damit ein sichtbarer und wertvoller Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geleistet. Nach Ablauf der Aktionsdauer konnten nahezu alle Jugendlichen definitiv in die Dienste der Stadtverwaltung übernommen werden. Im Zusammenhang mit diesem Aktionsprogramm hat nunmehr die OÖ. Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium kürzlich ein OÖ. Förderungsprogramm für Jugendarbeitsplätze beschlossen. Dieses Programm ist auch für Gemeinden geeignet. In seinem Rahmen werden vom Landesarbeitsamt für zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze die den Gemeinden erwachsenden Lohnkosten für 8 Monate seitens des Bundesministeriums übernommen. Das Land Oberösterreich ist bereit, für 2 Monate die Lohnkosten zu übernehmen, wenn die Lohnkosten für weitere 2 Monate von den Gemeinden aufgebracht werden. Auch unsere Stadt wird sich an diesem Programm beteiligen und es wurden die Verhandlungen mit der Arbeitsmarktverwaltung in dieser Richtung bereits aufgenommen. Es kann damit gerechnet werden, daß 15 bis 20 jugendliche Arbeitnehmer, zumindest vorübergehend, wieder einen gesicherten Arbeitsplatz finden. Es wird dann von Fall zu Fall zu prüfen sein – das war auch letztes Jahr so – ob und in welchem Umfang einzelne Dienstnehmer auf Dauer übernommen werden können.

Eine Mitteilung des Präsidenten der Post- und Telegrafendirektion für Oberösterreich und Salzburg ist auch nicht uninteressant. Es ist erfreulich, daß in Gleink

eine Wertkartenfernsprechzelle errichtet wurde.

Außerdem liegt ein Schreiben des ASKÖ-Minigolfklubs Steyr vor. Ich möchte dem Gemeinderat diesbezüglich zur Kenntnis bringen, daß der ASKÖ Minigolfklub der Stadtverwaltung für die finanzielle Unterstützung und Hilfestellung bei der Entstehung der Minigolfanlage herzlich dankt.

Eine weitere Mitteilung betrifft das Tabor-Restaurant. Ich möchte mir gestatten, zur Berichterstattung in der Presse in Verbindung mit der Schließung des Tabor-Restaurants einige Feststellungen zu treffen. So ist z. B. in der Steyrer Zeitung, Ausgabe 29. 8. 1985, unter der Überschrift "Die alte Burg braucht dringend Erneuerungen", die Darstellung so erfolgt, als ob die Stadtverwaltung den geschäftlichen Ruin des bisherigen Pächters zu verantworten hätte. Erst über Betreiben des Magistrates erfolgte in der nächsten Ausgabe eine Darstellung, welche Aufwendungen die Stadt als Eigentümer in der letzten Zeit erbracht hat. Ich glaube, daß es nicht die Aufgabe der Presse ist, Schuldzuweisungen vorzunehmen, aber ich möchte den Fall doch zum Anlaß nehmen, die Vertreter der Presse um eine objektivere Berichterstattung zu bitten. Es war allgemein und auch den Vertretern der Presse bekannt, aus welchen Gründen im Tabor-Restaurant ein immer schlechterer Geschäftsgang zu verzeichnen war. Es ist ferner eine Tatsache, daß erfahrungsgemäß negative Berichterstattungen mit Begeisterung aufgenommen werden, während folgende Dementis kaum zur Kenntnis genommen werden. Ich bitte daher die Vertreter der Presse in Zukunft um eine objektivere Berichterstattung. Dies gilt selbstverständlich ganz allgemein und ist nicht nur auf den Fall des Tabor-Restaurants bezogen.

Nun, verehrte Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir noch in Anbetracht der Tatsache, daß es die letzte Sitzung vor der Gemeinderatswahl ist, einige Feststellungen.

Zur heute anberaumten Sitzung darf ich feststellen, daß wir lange überlegt haben, ob so kurz vor dem Wahltermin noch eine Sitzung anberaumt werden soll. Die in der Zwischenzeit angefallenen Geschäftsfälle ließen dies aber für geboten erscheinen und sollen die vorliegenden Akten noch in dieser Periode einer Beschlußfassung zugeführt werden, damit der neue Gemeinderat nach seiner Wahl am 6. Oktober 1985 möglichst unbelastet seine Tätigkeit aufnehmen kann. Ich möchte die Gelegenheit zum Anlaß nehmen, den Mitgliedern des Gemeinderates für ihre aktive und kooperative Mitarbeit in den abgelaufenen 6 Jahren – auch namens unseres Bürgermeisters – herzlich zu danken. Die Früchte aus dieser gemeinsamen Arbeit kommen, und so soll es ja auch sein, unserer Bevölkerung zugute. Trotz des Bürgermeisterwechsels in der Periode war es möglich, die Kontinuität zu wahren und die wesentlichsten anstehenden Sachfragen in einer für alle Teile befriedigenden Weise zu lösen. Allein der hohe Prozentsatz, in dem die Beschlüsse im Gemeinderat einstimmig gefaßt werden, zeigt von dem hohen Verantwortungsbewußtsein und der Kooperationsbereitschaft unserer Mandatäre. Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Mitarbeit und hoffe, daß auch die heutige Sitzung in diesem Sinne verlaufen wird. Es ist beabsichtigt, die anläßlich der Wahl ausscheidenden Mandatäre zur konstituierenden Sitzung für den neuen Gemeinderat einzuladen und bei dieser Gelegenheit zu verabschieden. Diese Vorgangsweise empfiehlt sich schon wegen der krankheitsbedingten Abwesenheit des Bürgermeisters bei der heutigen Sitzung.

Soweit meine Mitteilungen.

Im nächsten Punkt handelt es sich um die Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und ich ersuche meinen Kollegen Bürgermeister Fritsch um Übernahme des Vorsitzes während meiner Berichterstattung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Kollegen Wippersberger zur Antragstellung das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER
anstelle des abwesenden Bürgermeisters Heinrich Schwarz:
Verehrte Kollegen und Kollegen, der erste Antrag unseres Bürgermeisters be-
zieht sich auf die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt an Sportler und
Funktionäre. Der Wortlaut, den ich Ihnen nicht wortwörtlich verlesen möchte, liegt
Ihnen vor. Der Antrag lautet:

1) Sport-1440/85

Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt
Steyr an Sportler und Funktionäre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf
das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes
außerordentliche Leistungen erbracht haben, wird als Anerkennung das "Sport-
ehrenzeichen der Stadt Steyr" verliehen

Sportehrenzeichen für Sportler:

in Gold gemäß III/1 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines
anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie Österreich bei Olympi-
schen Spielen, Welt- oder Europameisterschaften vertreten haben).

Huber Brigitte, Jahrgang 1964, Mitglied von Forelle Steyr, Teilnahme an der WM
1985 in Augsburg im Kanu-Salalom.

In Gold gemäß III/1 c der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines
anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie eine sportliche Leistung
von besonderer Kühnheit, besonderem Mut oder besonderer Ausdauer wie z. B.
auf alpinistischem Gebiet oder durch Teilnahme an außereuropäischen Expeditio-
nen erbracht haben).

Turek Walter, Jahrgang 1958, Mitglied des TVN Steyr, Besteigung des Elbros,
Expedition im Pamirgebirge, Besteigung des Pic Kommunismus, 1983 Bolivien in den
Königskordillieren. Weiters Besteigung des Huagnr Potosie und des Condores mit
einem Partner.

In Silber gemäß III/2 b der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines
anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie fünfmal eine Landesmeister-
schaft in der gleichen Sportart gewonnen haben).

Steiner Christian, Jahrgang 1962, Mitglied der Schützengesellschaft, sechsmal Lan-
desmeister, Mannschaft English Match 1980, 1981, 1982, Scheiben 1980 und 1982,
Standardgewehr 1982.

Steinwendtner Werner, Jahrgang 1964, Mitglied von Forelle Steyr, fünfmal öö. Lan-
desmeister in der Mannschaft im Wildwasserslalom und in der Regatta und einmal
Staatsmeister in der Slalom-Mannschaft.

Weis Reinhard, Jahrgang 1962, Mitglied der Schützengesellschaft, siebenfacher Lan-
desmeister, Luftgewehr 1979, English Match 1980, 1981 und 1982, Standardgewehr
1980 und 1982, Scheiben 1981.

In Bronze gemäß III/3 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines
anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie einmal eine österreichi-
sche Meisterschaft gewonnen haben).

Steinmayr Teddy, Jahrgang 1974, Mitglied des SK Amateure Steyr, einmal Staats-
meister 1985 im Weitsprung in der Halle.

Sportehrenzeichen für Funktionäre:

In Gold gemäß III/4 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die
während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer
Sportorganisationen Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem

Gebiete des Körpersportes (Erziehung, Unterricht, etc.) besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben.

Bachmayr Alfred, Jahrgang 1927, Beirat der Ortsgruppe des TVN Steyr (28jährige Tätigkeit).

Buchberger Kurt, Jahrgang 1935, Kassier-Stellvertreter der Ortsgruppe des TVN Steyr (26jährige Tätigkeit).

Fasching Franz, Jahrgang 1933, Schriftführer der Leichtathletiksektion des SK Amateure Steyr (28jährige Tätigkeit).

Georgi Norbert, Jahrgang 1932, Sektionsleiter der Sektion Stockschießen, ASV Bewegung Steyr (25jährige Tätigkeit).

Götz Georg, Jahrgang 1922, Jugendleiter der Fußballsektion des ASV Bewegung Steyr (30jährige Tätigkeit).

Lichtenberger Josef, Jahrgang 1927, Sektionsleiter der TT-Sektion des MSV Steyr (1946 - 1956 ÖTSV, 1957 - 1966 ASKÖ TTC Steyr, seit 1966 ASKÖ MSV Steyr, 39jährige Tätigkeit).

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRBERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine Kolleginnen und Kollegen, Sie haben den Antrag gehört, er steht zur Debatte. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich ein Einwand? Möchte sich jemand der Stimme enthalten? Beides ist nicht der Fall, der Antrag darf daher als einstimmig angenommen betrachtet werden. Bevor ich um den nächsten Antrag bitte, habe ich ein Anliegen, daß Sie den Worten des Berichterstatters etwas mehr Aufmerksamkeit schenken. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Dem Verein Museum Arbeitswelt wird zur Errichtung des Museums eine Subvention gegeben. Der Antrag lautet:

2) Ha-5018/85

Verein Museum Arbeitswelt; Ansuchen um Subvention für die Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt auf der Liegenschaft der ehemaligen Hack-Werke KG, EZ. 1158, KG Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 5. August 1985 wird dem Verein Museum Arbeitswelt, 4020 Linz, Volksgartenstraße 4o/302, zur Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt in Fortführung der beabsichtigten Landesausstellung 1987 zum Thema "industrielle Arbeitswelt" eine einmalige, nicht rückzahlbare Beihilfe in Höhe von S 2,5 Millionen gewährt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 1,377.400,-- (eine Million dreihundertsiebenundsiebzigtausendvierhundert) bei VSt 5/360000/777090 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,122.600,-- (eine Million einhundertzweiundzwanzigtausendsechshundert) bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die KPÖ-Fraktion wird selbstverständlich für die Gewährung der Subvention in der Höhe von 2,5 Millionen Schilling als erste Rate, wie Vizebürgermeister Wippersberger erklärt hat, zur Errichtung des Museums der Arbeitswelt im Wehrgraben, stimmen. Bekanntlich befindet sich dieses Museum auf der Liegenschaft der ehemaligen Hack-Werke. Der Antrag sieht ja vor, daß die Stadt im Jahr 1986 die zweite Rate von 2,5 Millionen Schilling, also insgesamt 5 Millionen Schilling, zur Verfügung stellt. Der Finanzbedarf für die Errichtung oder Sanierung beträgt, wie Sie sicher aus dem Amtsbericht ersehen konnten, 41,5 Millionen Schilling. Dazu leistet das Land Oberösterreich 20 Millionen Schilling, das Sozialministerium 7 Millionen Schilling. Interessant dabei ist allerdings, daß das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung unter Minister Fischer, dem eigentlich eine besondere Verantwortung zukommt, lediglich 5 Millionen zur Verfügung stellen will, obwohl bereits vor Jahren, wie Sie auch wissen, von Fischers Vorgängerin, Frau Minister Firnberg, für die Sanierung des Wehrgrabens 10 Millionen Schilling der Stadt versprochen wurden. Minister Fischer – er gehört der Mehrheitspartei an – hat offenbar, wie ich es sagen will, kein Herz für die Steyrer und die so wichtige Einrichtung eines Museums für die industrielle Arbeitswelt, daß er stärker das unterstützt. Wenn man nachrechnet, werden Sie daraufkommen, daß diese Förderungsbereitschaft der von mir genannten Körperschaften diese 14,5 Mill. S nicht ausmachen. Es fehlen nämlich noch 5 Millionen Schilling und ich glaube, daß es auch Aufgabe des Gemeinderates wäre, Minister Fischer darauf hinzuweisen, daß die restlichen 5 Millionen auf jeden Fall beigesteuert werden sollen und gleichzeitig in Erinnerung gerufen wird die Zusage, die seine Vorgängerin an die Stadt gemacht hat.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für diesen Beitrag und frage, ob noch jemand zu sprechen wünscht? Das ist nicht der Fall und ich bitte daher den Berichterstatter um sein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Zu den Ausführungen des Kollegen Treml darf ich sagen, wir haben seinerzeit vom Wissenschaftsministerium, und zwar von der Vorgängerin des Herrn Fischer, die Zusage bekommen – allerdings nur mündlich – daß wir 10 Millionen Schilling für den Wehrgraben bekommen und diese 5 Millionen sind eine Vorgabe. Wir rechnen sicher damit, daß wir auch die restlichen 5 Millionen bekommen. Ich kann aber nicht sagen, ob das konkret für das Museum ist oder für einen anderen Zweck, den Wehrgraben betreffend, gegeben wird. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für die Ergänzungen. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Enthält sich jemand der Stimme? Das ist auch nicht der Fall, daher darf auch dieser Antrag, ein sehr wesentlicher und wichtiger für die Entwicklung in diesem Bereich, als einstimmig beschlossen betrachtet werden.

Ich bitte nun um die Anträge aus Deinem Referat.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der erste Antrag aus meinem Referat betrifft die Jahressubvention 1985 für das Rote Kreuz Steyr und lautet:

3) Ha-1999/85

Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt;

Gewährung der Jahressubvention 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 9. 7. 1985 wird der Bezirksstelle

Steyr-Stadt des Österr. Roten Kreuzes für 1985 eine einmalige nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 390.000,- gewährt.

Im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit des Verwendungszweckes wird im gegenständlichen Fall von der Anwendung der vom Gemeinderat der Stadt Steyr verfügbaren 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben Abstand genommen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 390.000,-- (dreihundertneunzigtausend)
werden bei VSt 1/530000/757000 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es hiezu Debattenbeiträge? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einwendungen in Form von Gegenstimmen oder Enthaltungen? Auch nicht, es liegt einstimmige Beschlußfassung vor. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalbenützungsgebühr für das BMW-Motorenwerk. Der Antrag lautet:

4) GemXIII-2809/81

BMW-MotorengesmbH Steyr; Kanalbenützungsgebühr; Abschluß eines Übereinkommens.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 24. Juli 1985 wird der Magistrat der Stadt Steyr zum Abschluß eines Übereinkommens mit der BMW-MotorengesmbH Steyr, betreffend Vorschreibung und Verrechnung der Kanalbenützungsgebühr auf Basis der tatsächlich in das öffentliche Kanalsystem abgeleiteten Abwassermengen ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Niemand. Erhebt sich ein Einwand? Kollege Treml wünscht eine Wortmeldung, bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die Beantragung war äußerst kurz bemessen und mir erscheint es doch wichtig, daß ich zu dieser Frage Stellung nehme. Von der Rathaus-Mehrheit wird eine Ermäßigung der Kanalbenützungsgebühr für das BMW-Motorenwerk beantragt. Für BMW wird die allgemeine Bemessungsgrundlage der Kanalbenützungssatzung, wonach sich eigentlich die Gebühren nach dem Wasserverbrauch richten, außer Kraft gesetzt, die Gebühren sollen sich nicht nach der tatsächlich abgeleiteten Wassermenge richten. Das ist wieder einmal eine Bevorzugung gegenüber allen anderen Bevölkerungsschichten unserer Stadt, vor allen auch der Haushalte, wie auch der kleinen und mittleren Betriebe in unserer Stadt. Ich weiß schon, daß manche hohe Politiker dieses Gemeinderates die Auffassung vertreten, gleich mit den BMW-Managern, daß eben in der Produktion Wasser verdunstet und nicht die volle Menge in das öffentliche Kanalnetz eingeleitet wird. Diesem Argument möchte ich aber entgegenstellen, daß dies vor allem bei vielen kleinen Betrieben ebenfalls der Fall ist. Genauso kann man, glaube ich, bei vielen Haushalten argumentieren, wo nicht unbedeutende Wassermengen durch Bespritzen von Rasen oder beim Betreuen der Gärten verdunsten bzw. versickern, ohne daß diese wiederum in den Kanal kommen. Bezeichnend ist, daß von der Mehrheitsfraktion immer wieder Begünstigungen und För-

derungen für den reichen Konzern durchgesetzt werden, während man gegenüber dem Kleinen in der Anwendung der Bestimmungen sehr rigoros ist.

Die KPÖ-Fraktion lehnt daher die neuerliche Sonderregelung der Begünstigung des BMW-Motorenwerkes entschieden ab, da ja die SPÖ-, ÖVP- und FPÖ-Fraktionen hier im Gemeinderat ohnedies, wie ich weiß, bereit sind, diesem superreichen Betrieb, wie dies auch aus der Bilanz 1984 ersichtlich ist, weitere Zusatzförderungen in der Höhe von 34 Millionen Schilling in den nächsten Jahren zu gewähren. Überdies, so glaube ich, kann man ganz offen darüber sprechen, wird die Stadt auf die zu leistende Lohnsummensteuer für 2 Jahre im Ausmaß von meiner Schätzung nach 16 - 20 Millionen Schilling de facto verzichten, weil diese - wie Sie auch wissen - nach einem Beschluß rückerstattet wird.

Aus diesem Grund lehne ich diese Sonderregelung für BMW ab.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für den Beitrag und die Erklärung. Weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag sind, wie ich sehe, nicht gegeben. Ich bitte um das Schlußwort des Berichterstatters.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte nur ganz kurz feststellen, Kollege Treml, es gibt auch andere Fälle. Es ist nicht nur BMW, wo wir Ermäßigungen gemacht haben, wir wissen z. B. alle, daß auch für Siedlerzwecke ebenfalls Ermäßigungen vorgesehen sind. Es gibt also auch anderweitig Ermäßigungen, das ist keine Causa BMW, es ist also nicht erstmalig so gehandhabt worden. Das wollte ich richtigstellen, es gibt auch für andere Zwecke in dieser Richtung Ermäßigungen. Du hast es so gebracht, als hätte es das noch nie gegeben, als wäre das bei BMW das erste Mal. Die ganzen Siedler z. B. bekommen ebenfalls eine Ermäßigung, weil sie ja auch einen Teil verbrauchen zum Besprühen ihrer Gartenanlagen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Wir kommen zur Beschlußfassung über den Antrag. Ich darf Sie bitten, wenn Sie dem vorgelegten Antrag die Zustimmung geben, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (KPÖ-Fraktion/GR Treml) angenommen.

Bevor wir zu den weiteren Antragstellungen kommen, eine nicht alltägliche Unterbrechung der heutigen Sitzung aufgrund der Mitteilung, die ich Ihnen jetzt machen möchte. Alle Mitglieder des Gemeinderates, die ihr Auto vor dem Rathaus geparkt haben, sollen wegfahren, denn der Tankwagen mit Öl wartet. Die diesbezüglichen Tafeln wurden rechtzeitig aufgestellt. Ich bitte also alle jenen Kolleginnen oder Kollegen, die davon betroffen sind, dies sofort zu vollziehen. Ich unterbreche daher die Sitzung für ca. 10 Minuten.

Unterbrechung der Sitzung von 14.40 bis 14.50 Uhr.

Gemeinderat Dkfm. Zagler und Stadtrat Wallner verlassen um 14.40 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Der Gemeinderat ist wieder beschlußfähig versammelt und ich darf die unterbrochene Sitzung wieder fortsetzen.

Ganz kurz sei mir eine Bemerkung gestattet, wir haben vor kurzem einen wunderschönen neuen Parkplatz, der um sündteures Geld beim Schiffmeisterhaus gestaltet wurde, eröffnet. Vielleicht besteht die Möglichkeit, auch von Seiten der Mitglieder des Gemeinderates, von diesem Parkplatz in Zukunft mehr Gebrauch zu machen.

Heute, Kollege Sablik, würde Dir der Wahrheitsbeweis nicht gelingen, da bin ich mir sicher, Du brauchst nur beim Fenster hinauszuschauen.

Ich bitte Kollegen Wippersberger, jetzt mit seinen Berichten fortzufahren.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER :

Beim nächsten Antrag geht es um die Übernahme einer Haftung eines Darlehens durch die Stadt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

5) ÖAG-2997/75

Stadtwerke

Wasserverband "Region Steyr", Bauabschnitt 02;

Landesförderung 1984 und 1985; Darlehensannahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 5. 7. 1985 wird der Annahme eines dem Wasserverband "Region Steyr" gewährten Darlehens mit einem auf die Stadt Steyr entfallenden Anteil in Höhe von S 2,362.500,- zugestimmt. Gleichzeitig wird der Übernahme der Haftung für dieses Darlehen durch die Stadt Steyr zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Gibt es zum Antrag eine Wortmeldung? Es ist keine zu verzeichnen. Erhebt sich eine gegenteilige Meinung? Auch nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag befaßt sich mit der Mülldeponie Steyr, und zwar mit der Änderung des GR-Beschlusses vom 7. 2. 1985 und hat folgenden Wortlaut:

6) Wa-4125/73

Mülldeponie Steyr - Projektierung; Änderung

des Gemeinderatsbeschlusses vom 7. 2. 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 7. 2. 1985 wurde der Auftrag zur Durchführung der Detailplanungsarbeiten und Bauleitung für die Errichtung der Mülldeponie der Stadt Steyr an das Ingenieurbüro Dr. Flögl, Linz, zum Preis von S 599.427,20 excl. MWSt. übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 1. 7. 1985 wird nunmehr als Vorfinanzierung für den Reinhaltungsverband der Betrag von

S 600.000,-- (Schilling sechshunderttausend)

bei VSt 9/-----/279600 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Gibt es zum Antrag eine Wortmeldung? Herr Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der vorliegende Antrag liest sich aus der Antragsformulierung ziemlich logisch und ziemlich unproblematisch und könnte normalerweise als Routinebeschluß ohne jeden Kommentar über die Bühne gehen, wenn nicht doch etwas Grundlegendes zwischen den Zeilen zu lesen wäre. Gehen tut es darum, daß als Konsenswerber für die Mülldeponie, aufgrund von verschiedenen Förderungsvoraussetzungen und auch aufgrund der Einbringung des Klärschlammes nach dem Pressen in die Mülldeponie, der Reinhaltungsverband auftritt. Wenn aber der Reinhaltungsverband Konsenswerber sein wird, so könnte doch beinhaltet sein in das Auftreten als Bewerber das Begehren

der sonstigen Mitgliedsgemeinden im Reinhalungsverband, nicht nur den Klärschlamm einbringen zu können, sondern auch deren Hausmüll. Daraus ergibt sich die Frage, die ich jetzt von diesem Platz aus richten möchte, wie weit ist die Situation jetzt schon abgeklärt, denn die Wahrscheinlichkeit, daß die Verbandsgemeinden mit dieser Begehrlichkeit an die Stadtgemeinde Steyr herantreten werden, scheint mir doch nicht allzu gering. Zweitens wäre dann die Frage, wenn die Verbandsgemeinden ihren Hausmüll in die Mülldeponie mit einbringen können, was vermutlich von Seiten der Stadt, wenn der Reinhalteverband Konsenswerber ist, gar nicht abgelehnt werden könnte, wie lange reicht dann die Deponie unter den derzeitigen Voraussetzungen wahrscheinlichweise aus?

Dem Antrag selbst werden wir selbstverständlich die Zustimmung geben.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für den Beitrag. Ich glaube, zur Aufklärung ist der Referent, Kollege Wippersberger, gerne bereit, bitte.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube, die Befürchtung, die Du ausgesprochen hast, Kollege Holub, ist nicht allzu groß. Ursprünglich war es so, daß laut Gemeinderatsbeschluß die Gemeinde den gesamten Betrag übernimmt. Es war aber lange Zeit nicht bekannt, wo die Schlamm-
presse errichtet wird, wird sie bei der Kläranlage errichtet oder bei der künftigen Mülldeponie. Erst jetzt ist es klar, daß die Schlamm-
presse für die Kläranlage benötigt wird. Die Mittel, die wir dafür bekommen, sind sehr kostengünstiges Geld, es ist wesentlich günstiger, als wenn wir es aus Gemeindemitteln nehmen würden. Die Begehrlichkeit der Verbandsgemeinden, auf unserer Mülldeponie auch ihren Hausmüll zu deponieren, scheint nicht unberechtigt, denn ich habe bereits von einer Nachbar-
gemeinde gehört, die sich bei uns anschließen möchte. Wir in der Gemeinde haben darüber zu befinden und ich darf sagen, daß unser Ziel vollkommen eindeutig ist, wir sind bereit, den Schlamm für alle Mitglieder des Verbandes dort zu deponieren, aber beim Hausmüll selbst haben wir keinerlei Zusagen gemacht. Die Mülldeponie ist lediglich für den Hausmüll der Stadt Steyr plus Klärschlamm aller Gemeinden des Reinhalteverbandes. Für den Hausmüll bleibt nach wie vor unsere Meinung aufrecht, daß die Mülldeponie lediglich für die Stadt Steyr gedacht ist.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für die Aufklärung. Wir kommen zur Beschlußfassung über den vorgelegten Antrag. Enthält sich jemand der Stimme oder ist jemand gegen den Antrag? Es ist bei-
des nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es auch um die Kläranlage, und zwar um die Zulagen-
regulierung. Der Antrag lautet:

7) Präs-751/85

Zentrale Kläranlage - Zulagenregulierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Personalreferates vom 25. 7. 1985 erhalten der Be-
triebsleiter, dessen Stellvertreter, die Klärfacharbeiter und die Hilfsarbeiter bei
der Zentralen Kläranlage nachstehende einheitliche Nebengebühren (Wirksamkeit
1. 7. 1985):

Gesundheitsgefährdungszulage S 540,-, Erschwerniszulage S 350,-, Schmutzzulage S 500,- – jeweils monatlich.

Diese Zulagen werden im gleichen Ausmaß wie die Bezüge der 2. Gehaltsstufe der V. Dienstklasse valorisiert. Die Zulagen gelangen 12 mal jährlich zur Auszahlung. Die bisherigen pauschalierten Zulagen des TK Klaus Karall gelangen mit gleicher Wirksamkeit zur Einstellung. Die Bestimmungen über den Bereitschaftsdienst werden auf die Bediensteten der Zentralen Kläranlage mit der Maßgabe ausgeweitet, daß die Berechnung des Wochensatzes auf der Basis von 80 Stunden erfolgt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 46 (7) StS 1980 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Sie haben den Antrag gehört, wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Holub bitte.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Geschätzte Damen und Herren, der vorliegende Antrag bzw. mein Beitrag dazu könnte einen nicht wohlwollenden Vorsitzenden an sich dazu veranlassen, mich zur Sache zu rufen, ich erlaube mir aber trotzdem, die letzte Sitzung des Gemeinderates dazu in Anspruch zu nehmen, um zu einem Thema, das im Groben mit Personalagen der Stadt zu tun hat, Stellung zu nehmen. Dies deshalb mit diesem Fluchtweg aus dem Thema heraus, weil an sich nicht abzusehen war, daß sich eine Sitzung des Gemeinderates – zumindest nach dem Terminkalender ist das nicht abzusehen – noch vor den Wahlen ergeben würde. Die Österr. Volkspartei hat die Fraktionen im Gemeinderat eingeladen, ein Parteienübereinkommen zu treffen über die Einführung der Objektivierung bei Personalaufnahmen beim Magistrat der Stadt Steyr. Es fand am 3. Juli zur Berichterstattung an alle, ein Gespräch im Büro des Herrn Bürgermeister zwischen dem Herrn Bürgermeister, dem geschäftsführenden Bürgermeister einerseits und dem Herrn Vizebürgermeister Fritsch und meiner Wenigkeit andererseits statt, das dieses Thema zum Gegenstand gehabt hat. Mit Datum 2. September erfolgte eine schriftliche Stellungnahme auf den vorgelegten Vorschlag. Der weitere Vorgangsweg wäre an sich dieser gewesen, daß weitere Gespräche in der allernächsten Zukunft zu diesem Thema stattfinden könnten. Ich selbst habe im Rahmen einer Presseaussendung, die vielleicht der eine oder andere von Ihnen gelesen hat, angekündigt, sollte es keine Erledigung geben, wird in der nächsten Gemeinderatsitzung, die möglich ist, ein entsprechender Antrag gestellt werden. Dieser Möglichkeit sind wir ganz bewußt nicht nachgekommen, weil wir der Meinung sind, daß wir das persönliche Mißgeschick des Herrn Bürgermeisters nicht dazu ausnützen sollten, jetzt in einer überraschend schnell zur Verfügung stehenden Gemeinderatsitzung Dinge vom Zaun zu brechen, die am Verhandlungstisch noch offen sind. Desweiteren glaube ich namens unserer Partei die Zuversicht ausdrücken zu dürfen, daß Gespräche ehestald zu diesem Thema stattfinden werden, wobei ich der Meinung bin, daß wir alle die Wiedergenesung des Herrn Bürgermeisters Heinrich Schwarz abwarten sollten, denn bei dem Arbeitspapier, das wir vorgelegt haben, geht es uns nicht um einen billigen Wahlgag, sondern um die Aufarbeitung eines ernsthaften Themas, so daß wir Dich, Herr Vizebürgermeister Wippersberger, ersuchen werden, uns mitzuteilen, wann nach Wiedergenesung des Herrn Bürgermeisters ein entsprechender Gesprächstermin zustandekommen kann. Das wollte ich Ihnen, meine Damen und Herren, nur noch sagen, daß wir hier auf die persönliche Situation des Herrn Bürgermeisters in allem Bewußtsein der Schwierigkeit durchaus Rücksicht nehmen wollen.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für den Beitrag und auch für die Erklärung, die sicherlich unter dem Oberbegriff "Personal" möglich war. Ich stelle auch fest, daß das Angebot der Österr.

Volkspartei die Wiedergenesung des Herrn Bürgermeister in der bewußten Angelegenheit abzuwarten, sehr großzügig ist, aber es beweist die Ernsthaftigkeit des Problem.

Als derzeitiger Vorsitzender frage ich, ob zu dem von Kollegen Wippersberger gestellten Antrag noch Wortmeldungen gewünscht werden? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich erwarte auch einen Ruf zur Ordnung, aber ich nehme die Wortmeldung von Kollegen Holub zum Anlaß, um doch einige Worte zu sagen. Es wurde gesagt, ich stelle die Forderung nicht, weil Bürgermeister Schwarz verunglückt ist, stellt sie aber trotzdem. Ich habe natürlich diese Presseaussendung auch in der Steyrer Zeitung gelesen und war mir bewußt, daß man das Ansinnen gestellt hat, heute keine Aktuelle Stunde durchzuführen, daß Kollege Holub zu seinem Wort stehen wird – und er ist auch dazu gestanden. Aber er ist dazu gestanden im Auftrag seiner oberösterreichischen Parteileitung. Es ist nichts Neues, diese Frage Objektivierung unmittelbar vor den Wahlen zu stellen in Oberösterreich. In allen Wahlprospekten ist auch von Herrn Landeshauptmann Ratzenböck dieses Ansinnen enthalten. Die Statutarstädte, wo die Roten regieren, sollen dem folgen. Es wird auch aufgezeigt konkret in einer Wahlschrift, die auch in Steyr von der Österr. Volkspartei vertrieben wurde, gesagt, wie die Personalvertretungswahlen ausgegangen sind. Als Beispiel wurde auch die Stadt Steyr genannt. Da gibt es nur Sozialisten und die verhindern, daß die Österr. Volkspartei nur Kandidaten stellen kann, das heißt, sie traut sich nicht einmal, einen Kandidatenvorschlag zu unterbreiten und das in einer Zeit, wo auch die Österr. Volkspartei in der Personalkommission seit vielen Jahrzehnten vertreten ist, das so etwas überhaupt möglich ist. Ich möchte auch ganz offen sagen und habe da schon bei der Gemeinderatsitzung am 28. März auch ad hoc Stellung genommen, weil sich von der sozialistischen Partei niemand gefunden hat, auch hier Aufklärung zu geben. Es ist nämlich ein Mangel, daß die kleinen Parteien, die wirkliche Oppositionsparteien sind hier im Gemeinderat, in dieser Kommission nicht vertreten sind. Ich will nicht überall drinnen sein, ich bin bereits in 8 Ausschüssen vertreten, aber wenn wir dort vertreten wären, glaube ich, wenn es dort Dinge gibt, wo man nur aus parteipolitischen Gründen bzw. nur mit dem Parteibuch Einstellungen hier im Rathaus durchführt, dann hätte ich das sicher nicht nur hier, sondern auch in der Öffentlichkeit aufgezeigt und einen Riegel vorgeschoben. So muß ich den Ball zurückgeben, daß auch die Österr. Volkspartei mit verantwortlich ist, wenn diese Erscheinungen hier eingetreten sind, wie es in der Wahlpropaganda von der Österr. Volkspartei gesagt wurde. Ich erinnere mich jetzt an ein Beispiel vom Landeskrankenhaus Steyr. Ich beschäftige mich sehr stark damit, nicht mit der Personalpolitik, sondern daß es endlich dort gelingt, die notwendigen Ärzte aufzutreiben, damit man einen Notarztwagen betreiben kann. Es liegt sicher nicht in diesem Zusammenhang, daß dort nur Ärzte nach dem Parteibuch eingestellt werden. Das ist ein Landesbetrieb und es gibt dort ungefähr 1.000 Beschäftigte. Wenn ich jetzt boshaft bin und Vergleiche anstelle, dann muß ich feststellen, daß dort im Landeskrankenhaus das prozentuelle Verhältnis so ist, daß dort offenbar es nur solche Leute verstehen, Kranke zu betreuen, soziale Dienste, schwere Dienste, zu verrichten, die der Österr. Volkspartei nahestehen.

Ich kann Beispiele nennen, daß z. B. im Landeskrankenhaus Steyr nicht nur ein paar Sozialisten beschäftigt sind – es sind mehrere – aber es gibt davon viele, die sich nicht einmal zu erkennen geben, daß sie Sozialisten sind und auch Mitglied der Österr. Volkspartei bzw. des ÖAAB sind. So sind die Zustände und daher bin ich der Auffassung, daß wir das nicht zum Wahlkampfthema machen sollen, sondern daß wirklich mehr

Demokratie herrschen sollte, daß man nach dem Leistungsprinzip die Einstellung durchführt. Das glaube ich ist das Wesentliche und dazu sollten wir uns hier besonders in der Stadt Steyr bekennen.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für den Beitrag. Zweite Wortmeldung dazu Kollege Holub, obwohl wir allerdings von der Sache sehr weit abschweifen, und zwar meiner Meinung nach hervorgerufen durch die Wortmeldung des Kollegen Tremml.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich bin es meiner Selbstachtung schuldig, daß ich Kollegen Tremml auf die vielen Unwahrheiten, die, wenn sie nicht im Protokoll stünden, man schlechthin als Blödsinn bezeichnen könnte, keine Antwort gäbe. Meine Damen und Herren, es ist mir darum gegangen, dem geschäftsführenden Bürgermeister bzw. dem Bürgermeister und auch dem Gemeinderat das Angebot der Österr. Volkspartei zu machen, in aller Sachlichkeit und weit weg vom Wahlkampf, in aller Distanz davon, die Genesung des Bürgermeisters abzuwarten. Ich meine, daß das ausreichend ist, ich meine, daß auch der Halbsatz, den ich heute gesagt habe, daß das unabhängig vom Wahltermin in Ernsthaftigkeit verhandelt werden kann, in einer Situation, die wir alle nicht absehen konnten, sachlich genug war. Ich bin ehrlich überrascht, daß ein so routinierter Politiker wie Otto Tremml diese Gelegenheit doch nicht ausgelassen hat, um zu polemisieren. Ich hoffe, daß die heutige Sitzung durchaus nicht in diesem Ton weitergehen wird. Ich hoffe, daß wir nicht veranlaßt sein werden, aufzuzählen, in welchem Verhältnis auch im Landeskrankenhaus die Personalvertretungswahlen für welche Fraktionen ausgegangen sind. Ich weigere mich jedenfalls, zur Zeit dem Kollegen Tremml Antwort zu geben.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für die Wortmeldung. Ich glaube, wir haben alle miteinander den Wunsch, die heutige Sitzung in sachlicher Art und Weise abzuführen. Ich bitte, bei den weiteren Wortmeldungen keinerlei Provokation in dieser Form hervorzurufen. Zum Antrag, der sich mit der Bezugsregulierung in der Zentralen Kläranlage beschäftigt, übergebe ich dem Berichterstatter das Wort zum Schlußwort.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube es ist gut, wenn wir zum Thema selbst zurückkommen, und zwar zur vorgeschlagenen Bezugsregelung, die mit 1. Juli 1985 in Kraft treten soll. Zu den Ausführungen des Kollegen Holub darf ich sagen, Du hast bestätigt, ich habe als Fraktionsführer der sozialistischen Gemeinderatsfraktion am 2. September ein Schreiben an die ÖVP-Fraktion gerichtet und sie dabei zu weiteren Verhandlungen eingeladen. Bürgermeister Fritsch und ich haben dann gemeinsam mit Bürgermeister Schwarz auch schon einen Termin vereinbart gehabt für die weiteren Verhandlungen, und zwar war das der 17. September. Aufgrund des Unglücks unseres Bürgermeisters ist dieser Termin sehr in Frage gestellt. Mehr wollte ich dazu nicht sagen.

Ich bitte nunmehr, über den Antrag abstimmen zu lassen.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Wir kommen nun zur Beschlußfassung über den Antrag und frage, ob sich jemand gegen den Antrag ausspricht? Der Antrag betrifft die Bezugsregulierung, das sage ich noch einmal der Vollständigkeit halber. Es ist nicht der Fall. Erhebt sich ein Einwand in Form einer Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag ist kostenmäßig ein sehr großer, er betrifft die Zentrale Kläranlage, und zwar Schlammentwässerung und Mülldeponie der Stadt Steyr; Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds. Der Antrag lautet:

8) Wa-5450/75

Zentrale Kläranlage; Schlammentwässerung und Mülldeponie der Stadt Steyr; Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 7. 8. 1985 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Wasserwirtschaftsfonds gewährtes Darlehen in Höhe von S 29,400.000,- für die Schlammentwässerung der Zentralen Kläranlage und die Mülldeponie der Stadt Steyr zugestimmt.

Im Sinne des § 71 Abs. 3 des Statutes für die Stadt Steyr wird das genehmigungspflichtige Rechtsgeschäft erst mit der aufsichtsbehördlichen Genehmigung rechtswirksam.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Es werden, wie ich sehe, keine gewünscht. Der Antrag ist daher einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Auch mein letzter Antrag befaßt sich mit dem Reinhaltverband, es ist ebenfalls ein erfreulicher Antrag für unsere Stadt. Er hat folgenden Wortlaut:

9) Wa-5450/75

Instandhaltung von Anlageteilen des Reinhaltverbandes durch Bedienstete der Stadt Steyr; Refundierung der Kosten an die Stadt; Ansuchen um Zustimmung zur Vorfinanzierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 6. 8. 1985 wird für die Instandhaltung von Anlageteilen des RHV durch Bedienstete der Stadt Steyr der Betrag (Refundierungskosten) von

S 548.800,-- (fünfhundertachtundvierzigtausendachthundert)

exkl. USt bei der VA-St. 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Es ist keine zu verzeichnen. Ist jemand gegen den Antrag? Auch nicht der Fall. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Berichterstatter für seine Beiträge und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Fritsch für die Vorsitzführung und übernehme wieder den Vorsitz. Gleichzeitig ersuche ich Kollegen Fritsch um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Der erste Antrag, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, befaßt sich mit der Fassadenaktion 1985 und betrifft die Erneuerungen und die Denkmalerhaltung. Aufgrund des Amtsberichtes sind Ihnen die Baulichkeiten, an denen die entsprechenden Arbeiten durchzuführen wären, bekannt. Ich darf Sie um Erlaubnis bitten, daß ich diese nicht mehr erwähnen brauche, sondern möchte Ihnen nur mehr den Antrag vorlesen.

10) K-20/85

Fassadenaktion 1985; Fassadenerneuerungen und Denkmalerhaltung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 7. 1985 wird der Abwicklung der Fassadenaktion 1985 entsprechend der in diesem Amtsbericht enthaltenen abschnittsweisen Aufstellung zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 991.000,-- (neunhunderteinundneunzigtausend)

bei VSt 5/363000/778010 freigegeben und bei derselben Voranschlagsstelle eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 325.500,-- (dreihundertfünfundzwanzigtausendfünfhundert)

bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte im Interesse der Erhaltung und Pflege unseres Stadtbildes um die Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Tremel bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich benütze meine jetzige Wortmeldung dazu, auch den zweiten Tagesordnungspunkt mit einzubinden. Als Sprecher der KPÖ-Fraktion habe ich bisher, das wissen Sie ganz genau, auch der Förderung der Fassadenaktion oder Fassadenerneuerung besonders hier im Altstadtbereich sowie auch der Denkmalerhaltung immer zugestimmt, allerdings - das wissen Sie auch - immer mit einigen kritischen Feststellungen, daß man seitens der Mehrheitsfraktion im Gemeinderat damit vor allem den privaten Hausbesitzern Hilfestellung gab. Insbesondere möchte ich hier erwähnen die Banken, welche im Innenstadtbereich, wie Sie selbst wissen, wie Pilze aus dem Boden wachsen. Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, der SPÖ, der ÖVP und auch der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion waren bisher nicht bereit, auch nur einen einzigen Schilling für die Hausreparaturen und Fassadenerneuerungen, sprich Enttarnung der Wohnhäuser im Münichholz, zur Verfügung zu stellen. 2.300 Mieter in Münichholz müssen daher in den nächsten Jahren 105 Millionen Schilling plus Geldbeschaffungskosten - das sind wiederum rund 50 Millionen Schilling - in Form von Mietenerhöhungen entrichten. Für die beantragte Fassadenerneuerung und wie im zweiten Antrag beantragt, die Sanierung der Dachlandschaft werden allein für das Jahr 1985, 2,283.000 Schilling ausgegeben. Das ist genau ungefähr ein Viertel

der Gesamtkosten, die die Sanierung der Dachlandschaft bzw. der Fassadenerneuerung beanspruchen. Als Sprecher der Kommunistischen Fraktion werde ich diesen beiden Anträgen keine Zustimmung geben und dies auch in Zukunft nicht tun, nämlich so lange, bis man hier bereit ist im Gemeinderat, auch seitens der Mehrheitsfraktionen, für die Fassadensanierung der Münichholzer Wohnhäuser entsprechende Gemeindemittel zur Verfügung zu stellen.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung. Wenn jetzt vor der Wahl mit der WAG-Obrigkeit vereinbart wurde, die am 1. 1. 1986 fällige Mietzinserhöhung auszusetzen, so muß ich darauf hinweisen, daß zu diesem Zweck durch die WAG Kredite aufgenommen werden, deren Finanzierung letztlich wieder von den Mietern bezahlt werden muß.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, so wird den Mietern dieses Wahlzuckerl meiner Auffassung nach um so teurer zu stehen kommen. Die Bankfachleute wissen, um wieviel diese Mietzinserhöhung ausfällt nach dem 1. 1. 1986.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht noch jemand da zu zu sprechen? Darf ich vielleicht selbst ein paar Worte dazu sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER KÄRLE FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich muß doch einige Worte dazu sagen, Kollege Tremel. Ich weiß und kenne Deine Haltung, ich verstehe sie auch voll und ganz und unterstütze sie auch. Aber das sind doch zwei paar Schuhe. Es geht ja hier um die Erhaltung der Dachlandschaft im sehr sensiblen Innenstadtbereich und um die denkmalwürdige Erhaltung von Altstadthäusern, das andere sind Häuser, die im Krieg gebaut wurden und die nicht unter Denkmalschutz stehen, denn die sind ja erst 40 oder 45 Jahre alt. Ich selbst bin Bewohner dieses Stadtteiles. Wir haben hier im Gemeinderat schon mehrmals die Erklärung abgegeben, und ich darf sie hier namens unseres Bürgermeisters abgeben, wir als Gemeinde haben uns immer bereiterklärt, mitzuzahlen, allerdings unter der Voraussetzung, daß der, der der Hauptnutzer ist, nämlich die Steyr-Daimler-Puch AG - die vergibt die Wohnungen in Münichholz - einen Beitrag dazu leistet. Wir haben Anwaltskosten von einigen Hunderttausend Schilling übernommen und haben gewartet und gehofft, daß die Steyr-Werke bereit und willens sind, einen Beitrag dazu zu leisten. Die Steyr-Werke vergibt die Wohnungen in Münichholz, es besteht da ein Vertrag zwischen den Steyr-Werken und der WAG Linz, daß die Steyr-Werke freierwerbende Wohnungen in Münichholz vergibt. Sie ist also der Hauptnutznießer und folgedessen glaube ich, daß doch die Steyr-Werke als erstes dazu einen Beitrag leisten müßte. Es waren noch unter Bürgermeister Franz Weiss Verhandlungen mit den Steyr-Werken, die Stadt ist schriftlich bei den Steyr-Werken vorstellig geworden, leider aber bis zur Stunde ohne Erfolg. Vielleicht kommt es doch noch dazu, daß die Steyr-Werke einen Beitrag dazu leistet. Wir als Gemeinde haben die Erklärung schon vor Jahren abgegeben. Wir sind bereit, ebenfalls einen Beitrag zu leisten, aber nachdem die Steyr-Werke der Hauptnutznießer sind, weil sie die Wohnungen vergeben, müßten die Steyr-Werke als erstes diesen Schritt tun. Einen kleinen Schritt haben wir sowieso als erstes gemacht, weil wir damals die Rechtsanwaltskosten übernommen haben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARLE FRITSCH:

Ich danke für den Beitrag. Kollege Tremel hat sich zum zweiten Mal zu Wort gemeldet. Gleichzeitig übergebe ich den Vorsitz wieder Kollegen Wippersberger.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Kollegen Treml das Wort.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich muß Vizebürgermeister Wippersberger wirklich recht geben, wenn er jetzt in der Beantwortung gesagt hat, lieber Kollege Treml, das sind zwei Paar Schuhe. Zwei Paar Schuhe sind es aber nur offenbar bei der Mehrheitsfraktion, weil sie hier mit zweierlei Maßen mißt. So kann ich das nur verstehen. Denn auf der einen Seite ist der Hauptnutzer, wie Du sagst, die Steyr-Werke. Die Hauptnutzer der Privathäuser, der Banken usw., die sind dort auch die Hauptnutzer. Im Münichholz sind in erster Linie Arbeiter und Angestellte betroffen. Es stimmt auch nicht, daß die Rechtsanwaltskosten die Gemeinde bezahlt hat, sondern es war erkämpft, daß die Sachverständigenkosten übernommen wurden, meiner Meinung nach stehen den 230.000 Schilling die ca. 150 Millionen gegenüber, die die Arbeiter, Angestellten und vor allem die Schwächeren in unserer Gesellschaft dort leisten müssen. Wenn man davon spricht, daß diese Häuser unter Denkmalschutz stehen, dann muß ich sagen, die Häuser, die heute in dieser Althausanierung bzw. Fassadenaktion drinnen sind, die stehen nicht unter Denkmalschutz und befinden sich nicht ausschließlich im innerstädtischen Bereich, sondern es sind auch welche in der Sierninger Straße usw. Vielleicht ist ein Haus dabei, das unter Denkmalschutz steht, aber bei weitem sind es nicht alle. Ich bin ja bis jetzt auch immer für die Erhaltung der Ensembles eingetreten, aber heute mache ich das als Protest und werde es in Zukunft ebenfalls so machen, so lange bis tatsächlich für die WAG-Wohnhäuser Mittel von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Meine Damen und Herren des Stadtsenates, nicht jeder Gemeinderat liest die Amtsberichte genau, ich lese sie jedenfalls sehr genau und das merken Sie sicher öfter bei meinen Beiträgen. Im Stadtsenat werden manche Dinge beschlossen, die einen Beschluß des Gemeinderates nicht erforderlich machen. Z. B., daß man auch für Sanierungen von Dachlandschaften ganz am Rande der Stadt, sogar kurz vor der Ortstafel für Bauernhäuser, Gelder zur Verfügung stellt bis zu S 40.000,-. Aber man ist nicht bereit, für Häuser, wo Arbeiter, Angestellte, Gelder zur Verfügung zu stellen. Hier, meine Damen und Herren, glaube ich, daß sich das nicht einmal die ÖVP erlauben würde, wenn sie die Mehrheit wäre, daß sie so ihre eigenen Wähler vernachlässigen würde.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Als Nächster hat sich Kollege Steinparzer zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT FRANZ STEINPARZER:

Werte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, man muß hier schon eine Klarstellung anbringen zu Kollegen Treml, weil er fälschlich betont hat, daß für 1986 die Zinserhöhung für die Münichholz-Häuser nur aufgeschoben sein soll. Nachdem unser Bürgermeister und auch der Vizebürgermeister mit der WAG verhandelt haben, ist folgendes Ergebnis herausgekommen: Weil nach dem neuen Mietengesetz bereits der Instandhaltungszins eingehoben wurde, und zugleich die Mietererhöhungen vom M-SCH-Verfahren durchgeführt wurden, ist dieses Verfahren zurückgestellt worden. Es ist anhängig bei Gericht, weil beide Beträge nicht eingehoben werden sollten. Es wird jetzt das Instandhaltungsgeld hergenommen, das sowieso laut Gesetz eingehoben wird, und es braucht somit kein zusätzliches Darlehen aufgenommen werden, und dadurch

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Nicht fälschlich, ich bezichtige Dich der Unwahrheit, es stimmt, wie ich es gesagt habe.

GEMEINDERAT FRANZ STEINPARZER:

.. werden den Mietern von Münchenholz nicht zusätzlich Millionen aufgebürdet. Das muß hier einmal klar und deutlich gesagt werden. Es wird hier ja so verdreht, als möchte man die Mieter hineinlegen. Kollege Treml, ich habe Dir nicht dreingeredet und ich möchte auch bitten, mich ausreden zu lassen. Ich bitte die Damen und Herren des Gemeinderates, diese Aufklärung zur Kenntnis zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin eigentlich froh darüber, daß wir nun die Tagesordnungsabwicklung, wie sie schriftlich vorliegt, vornehmen.

Ich möchte mich kurz fassen, sehe mich aber doch veranlaßt, Kollegen Treml eines entgegen zu halten, es stimmt nicht, Kollege Treml, wie Du in Deiner ersten Wortmeldung gemeint hast, daß wir Freiheitlichen nicht bereit sind, den Mietern in Münchenholz Unterstützung angedeihen zu lassen. Wir selbst haben leider kein Geld zur Verfügung, die FPÖ-Fraktion, sonst würden wir sicherlich hier entsprechend dazu beitragen, daß den Leuten unten geholfen wird, damit die nicht die ganzen Lasten dieser Sanierung zu tragen haben. Soweit ich informiert bin, ist die Situation so, daß die Gerichtsverfahren noch nicht abgeschlossen sind. Ich hoffe doch, daß durch entsprechende Verhandlungen, durch Einigkeit aller Parteien, eine günstige Lösung für die Mieter herbeigeführt werden kann. Das ist kein Anlaß für die Freiheitliche Partei, dem vorliegenden Antrag die Zustimmung nicht zu geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Darf ich Kollegen Fritsch bitten, nochmals kurz den Vorsitz zu übernehmen. Nachdem ich indirekt angesprochen wurde, möchte ich noch einiges sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nachdem ich indirekt angesprochen wurde, muß ich doch einige Worte sagen zu den Verhandlungen mit Bürgermeister Schwarz, meiner Person, mit dem Vorstand der WAG Linz, die Ende Mai oder anfangs Juni geführt wurden. Wir haben bei dieser Vorsprache, bei der seitens der WAG Vorstandsdirektor Lausmann und Vorstandsdirektor Mayrhofer anwesend waren - das sind die beiden führenden Leute der WAG - erreicht, daß die für 1. 1. 1986 vorgesehene Mieterhöhung nicht zum Tragen kommt. Es wurde bereits von Kollegen Steinparzer erwähnt, da geht es um ein Bundesgesetz, wobei ein Streit entstanden ist. Die Sache liegt jetzt bei Gericht. Tatsache ist, daß wir erreicht haben, daß die nächste Erhöhung, die mit 1. 1. 1986 zum Tragen hätte kommen sollen, nicht gemacht wird. Die Mittel, die aufgrund der bundesgesetzlichen Regelung zusätzlich hereingekommen sind, werden - die Zusagen haben wir von der WAG bekommen - zur Gänze für das Mietschlichtungsverfahren verwendet. Mehr wollte ich dazu nicht sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für den Beitrag. Ich frage, ob zum Antrag noch eine Wortmeldung gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. Ich übergebe daher wieder den Vorsitz und bitte gleichzeitig, mir als Berichterstatter das Wort zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Fritsch um seine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine Damen und Herren, mich wundert es eigentlich, daß sich an solchen Anträgen auf einmal die Gemüter erhitzen. Mich wundert es deswegen, weil heute schon mehrmals zum Ausdruck gebracht wurde, daß es zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Wir können doch um Gottes willen, Kollege Treml, – ich weiß, ich habe jetzt ein Wort gesagt, das Dir nicht sehr sympathisch ist – auf keinen Fall nur junktimieren und unsere historisch bedeutsamen unter Denkmalschutz oder auch nicht unter Denkmalschutz stehenden Bauten vernachlässigen und letztlich verfallen lassen, wonach eine Sanierung ja wesentlich teurer kommt wie zur Jetztzeit, nur um zu junktimieren, daß in Münchenholz die Tarnfassaden wegkommen.

Lieber Kollege Treml, das ist etwas, was man normal denkend aus meiner Sicht nicht miteinander verquicken kann. Wenn heutzutage die Stadt Steyr, und nicht nur die Stadt, da kann ich mich an anderen Gegenden und anderen Städten auch orientieren, alles daransetzt, um die kulturelle Bedeutsamkeit dieser Stadt, ihre historische Würdigung entsprechend und in das rechte Licht zu rücken, wenn man alles daransetzt, um auch fremdenverkehrswerbend wirken zu können und Steyr zu einem Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr machen will, dann kann man nicht auf diese Art und Weise sagen, so wie Du es indirekt zum Ausdruck gebracht hast, dieses Geld, das für Fassadenerneuerungen und Dachaktionen vorgesehen ist, das sparen wir ein und setzen es in Münchenholz ein. Du hast es ja den Worten des Kollegen Wippersberger entnommen, Du hast es teilweise sogar selbst bestätigt, daß diesbezüglich Verhandlungen zwischen Stadt und den zuständigen Bereichen dort in Münchenholz geführt werden. Aber eines würde ich schon bitten als derzeit noch dafür geltender Referent. Kollege Treml, auch Du bist immer derjenige, der für die Erhaltung der historischen Bereiche eingetreten ist. Nicht nur hier, auch im Mutterland Deiner Ideologien, auch dort werden historische Bauten erhalten, nur werden sie mit jenem Leben erfüllt, das eigentlich vollkommen zweckentfremdend ist. Das wollen wir aber in Steyr nicht, wir wollen auch unseren Innerstadtbereich und den angrenzenden Stadtbereich mit entsprechendem Leben und mit Revitalisierung erfüllen und dazu dient auch unter anderem der vorgelegte Antrag und die dafür aufgewendeten Summen. Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenprobe? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (KPÖ-Fraktion/GR Treml) angenommen.

Danke. Ich bitte um den nächsten Bericht.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich bitte Sie, die Sanierung alter Dachlandschaften, und zwar mit Tonziegelmaterial, das sind die Aufpreise für die vom Denkmalschutz vorgeschriebene Bedachung, bewilligen zu wollen. Es sind dies eine Reihe von Objekten, die Sie aus dem Amtsbericht ersehen können. Ich würde Sie bitten – es sind insgesamt 12 – diese als gegeben zu betrachten und ersuche Sie, nachstehenden Antrag zu genehmigen.

11) K-20/85

Alte Dachlandschaften von Steyr;
Sanierung mit Tonziegelmaterial.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 7. 1985 wird der Förderung nachstehend angeführter Sanierungen alter Dachlandschaften mit Tonziegelmaterial im Gesamtausmaß von S 983.000,- zugestimmt:

Bau5-6 587/83 Haratzmüllerstraße 68 (2. Etappe)
Bau5-4613/83 Sierninger Straße 9
Bau5-4616/83 Stadtplatz 24
Bau5-2872/85 Stadtplatz 34
Bau5-4830/83 Schlüsselhofgasse 43
Bau5-5088/85 Kirchengasse 9
Bau5-5087/85 Gleinker Gasse 21
Bau5-5086/85 Aichetgasse 2 (1. Etappe)
Bau5-4871/84 Fischergasse 13
Bau5-3457/85 Bahnhofstraße 9
Bau5-3823/85 Fabrikstraße 22
Bau5-5835/84 Fabrikstraße 16

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 86.500,-- (sechshundertsechzigtausendfünfhundert)

bei VSt 1/363000/778000 und ein weiterer Betrag von

S 300.000,-- (dreihunderttausend)

bei VSt 5/363000/778000 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung bei derselben Voranschlagsstelle im Ausmaß von

S 596.500,-- (fünfhundertsechshundertsechzigtausendfünfhundert)

bewilligt. Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (KPÖ-Fraktion/GR Tremli) angenommen.

Ich danke Kollegen Fritsch für die Berichterstattung. Nächste Berichterstatteerin ist Frau Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen einen Antrag des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorlegen. Der Antrag lautet:

12) Bau5-5400/84

Zentralaltersheim; weitere Umbaumaßnahmen; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 15. 7. 1985 wird zur Durchführung weiterer Umbaumaßnahmen im Zentralaltersheim Steyr ein weiterer Betrag von S 2.000.000 freigegeben. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 2.000.000,-- (Schilling zwei Millionen)

bei VSt 5/420000/010170 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Ehrenhuber für Ihren Bericht. Nächster ist Stadtrat Pimsl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich habe Ihnen zwei Anträge vorzubringen und bitte Sie schon vorweg um Ihre Zustimmung.

Der erste Antrag bezieht sich auf den Ausbau der Märzenkellerumfahrung. Es war notwendig, bei der Einbindung Pachergasse - Klotzstraße eine Verkehrsampel anzubringen, im Amtsdeutsch heißt es Verkehrslichtsignalanlage. Der Antrag lautet:

13) VerkR-7268/83

Verkehrslichtsignalanlage Kreuzung Eisenbundesstraße - Pachergasse - Klotzstraße; Kostenanteil der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 22. Juli 1985 wird für die Installierung einer Verkehrslichtsignalanlage im Bereiche der Kreuzung B 115 - Eisenbundesstraße - Pachergasse (Klotzstraße) nach Berücksichtigung des auf die Stadt Steyr entfallenden Kostenanteiles - 36,5 % - eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 686.100,-- (sechshundertsechszigtausendeinhundert)

bei der VA-St. 5/610000/770020 bewilligt.

Die Deckung für diese Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke für den Bericht. Kollege Seidl hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Vielleicht gerade das Wort, daß diese Verkehrslichtsignalanlage mit einer Koordinationseinrichtung versehen ist, die mir eigentlich nie richtig aufgefallen ist, wenn ich von Münichholz Richtung Steyr fahre, gerade diese Koordination hat mich veranlaßt, einen Denkanstoß zu diesem Tagesordnungspunkt zu geben. Es ist nicht die Kostenaufteilung, die mich stört, sondern es sind die Betriebszeiten.

Vielleicht wäre es doch denkbar, diese einer Kontrolle oder Überprüfung zu unterziehen, ob es notwendig ist, daß wirklich am Sonntag oder so bald in der Früh schon die Ampeln geregelt sind. Es ist oft direkt ein Hohn, wenn man dortsteht, es ist weit und breit kein Auto, und man muß trotzdem stehen bleiben. Vielleicht könnte man das überprüfen.

Meine zweite Bitte, bei oberflächlicher Betrachtung scheint es so, als würde das nicht zum Thema gehören, im gleichen Straßenzug, und zwar bei der Kreuzung beim Egger-Tischler wird im Zuge des Ausbaues der Haratzmüllerstraße, die ja vierbahnig werden soll, das Herausfahren unmöglich werden. Ich würde jetzt schon die dringende Bitte aller Anrainer - es ist auch meine Bitte - deponieren, auf jeden Fall dafür Sorge zu tragen, entweder alleine oder in Kostenaufteilung mit dem Land, eine Verkehrsanlage dort zu installieren.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine weitere Wortmeldung? Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Zur ersten Anregung des Kollegen Seidl darf ich sagen, wir haben uns im Verkehrsausschuß schon mehrmals mit dieser Frage beschäftigt. Verschiedentlich haben auch schon Verkehrsteilnehmer bzw. Bewohner unserer Stadt über die Notwendigkeit des

Einschaltens von Verkehrsampeln an Sonn- und Feiertagen bei uns angefragt. Es ist aber nach mehreren und durchaus realistischen Überlegungen so, daß einerseits über den Zeitpunkt des Ein- und Ausschaltens offensichtlich aufgrund des unterschiedlichen Verkehrsaufkommens verschiedene - Auffassungen bestehen. Wenn aber, wie von Ihnen angeregt, an Sonntagen die Verkehrsampeln in kürzeren Zeitabständen oder überhaupt später ein- und ausgeschaltet werden sollen, so ergeben sich immer wieder Probleme des Verkehrs, der einmal schon frühzeitig stadtauswärts - zumindest in den Sommermonaten und Wintermonaten, wo die Schifahrer bzw. die Urlauber sonntags unterwegs sind - rollt. Der umgekehrte Zustand entsteht dann beim rückfließenden Verkehr. Während des Tages erleben wir eine relativ ruhige Verkehrszeit, ein sehr geringes Verkehrsaufkommen. Es lassen sich mit diesen Anlagen, diese zeitlichen Wünsche, die durchaus berechtigt vorgebracht werden, nicht steuern.

Ich muß daher um Verständnis bitten, daß aus Gründen der Verkehrssicherheit diese Nachteile, wie sie hier aufgezeigt werden, zur Kenntnis genommen werden müssen, denn wir möchten gemeinsam in diesem Gemeinderat nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß wir vorhandene Verkehrsanlagen nicht tatsächlich zur Verkehrssicherheit benützen. Ich glaube, daß ich damit diese Anfrage aufgeklärt habe.

Die zweite Anfrage bezüglich der Grenzgasse, da scheint mir schon ein wenig der 6. Oktober hineinzuspielen, weil auch Ihnen bekannt sein müßte, daß vor sehr geraumer Zeit sowohl Wirtschaftsbetriebe wie Bewohner der Fischhub und der angrenzenden Häuser schriftlich vorstellig wurden beim Bürgermeister, beim Ausbau der Haratzmüllerstraße eine Verkehrsregelung bei der Einmündung Grenzgasse vorzunehmen. Es wurde diese Regelung zugesagt. Beim Bund - es ist ja eine Bundesstraße - ist je ein entsprechender Antrag gestellt und es ist vorgesehen, dort eine Verkehrsampel anzubringen, die sensiorengesteuert bei Bedarf den Verkehr regeln wird. Ich glaube auch damit diese Anregung beantwortet zu haben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube, wir können damit zur Abstimmung kommen. Entschuldigung, Kollege Seidl hat sich noch einmal gemeldet.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Meine Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich finde es nicht sehr fair, mir zu unterschieben den 6. Oktober. Ich kann nur sagen, daß z. B. einer der Briefschreiber, und zwar der Herr Egger, bis heute nichts erfahren hat davon, daß in der Richtung eine Regelung da wäre. Von wo soll ich es wissen, wenn er, der den Brief direkt unterschrieben hat, es nicht weiß.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Weitere Wortmeldungen? Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich möchte nur noch einen Satz sagen, es wurde mir vom Amt - ich werde dem nachgehen - berichtet, daß auf dieses Schreiben die Unterschriebenen sehr wohl von dieser beabsichtigten Maßnahme, die ja noch nicht in Kraft gesetzt werden konnte, weil mit dem Ausbau ja noch nicht begonnen wurde, in Kenntnis gesetzt wurden. Ich kann Ihnen aber von dieser Stelle aus nochmals versichern, daß wir diese Verkehrsregelung vorsehen und sicher keine Einsprüche gegen diese Regelung seitens der Bundesstraßenverwaltung erfolgen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich komme damit zur Abstimmung. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Zum Abtransport des Sperrmülls ist es notwendig, ein neues Fahrzeug anzukaufen und mit den entsprechenden Aufbauten zu versehen. Da das jetzige Fahrzeug einerseits aus Altersgründen nicht mehr jene Leistung erbringt, die notwendig ist, und andererseits der erhöhte Anfall von Sperrmüll auch eine Ausweitung des Fahrzeugparks erforderlich macht. Der Antrag lautet:

14) ÖAG-1838/85

Städt. Wi-Hof

Ankauf eines Sperrmüllwagens - Ausstattung mit Ladekran
und Transportgerät für Wechselaufbauten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 4. 6. 1985 wurde der Auftrag zur Lieferung eines Steyr Lkws als Fahrgestellt für ein Sperrmülltransportfahrzeug an die Fa. Steyr-Auto-West, 4060 Linz-Leonding, zum Preis von S 969.809,88 übertragen. Aufgrund des Amtsberichtes der MA VII vom 12. 8. 1985 werden nunmehr im Zusammenhang mit der Lieferung der Wechselaufbauten für dieses Transportfahrzeug nachstehende Aufträge vergeben:

1. Lieferung eines Ladekrans Palfinger PK 7000 A an die
Fa. Obermayr, Garsten, zum Preise von S 241.135,--
2. Lieferung eines Abrollkippers der Type Eurolift MB III
an die Fa. Doppelmayr, Steyr, zum Preise von S 210.960,--

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 452.000,-- (Schilling vierhundertzweiundfünfzigtausend)

werden bei der VA-St. 1/820000/040000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen? Stimmenthaltung? Ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

Ich danke Kollegen Pimsl für die Berichterstattung. Nächster ist Kollege Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen drei Anträge zur Beschlußfassung vortragen. Der erste lautet:

15) Bau3-4711/83

Verlegung eines Teilstückes der Rieplfeldstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Verlegung eines Teilstückes der Rieplfeldstraße im Bereiche der Grundstücke 214 und 215 sowie 1233 Kat. Gem. Gleink nach Maßgabe der Planurkunde des Dipl. Ing. Oswald Dacinger vom 5. Juni 1985, GZ 1963/85, und der dadurch bedingten Veränderungen im Bestande des öffentlichen Gutes wird zugestimmt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Enthält sich jemand der Stimme? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Der zweite Antrag lautet:

16) Bau3-2967/85

B 122 (Voralpenbundesstraße) im Bereich Blümelhuberberg und Ennser Knoten; Durchführung weiterer Belagsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 7. 1985 wird der Auftrag zur Durchführung weiterer Belagsarbeiten auf der B 122 (Voralpenstraße) im Bereich Blümelhuberberg und Ennser Knoten an die Firma Asphalt und Beton Bau GesmbH Linz zum Preis von S 2,033.707,20 inkl. MWSt übertragen.

Eine Mittelfreigabe ist im gegenständlichen Fall nicht erforderlich, da sämtliche Baukosten direkt von der Bundesstraßenverwaltung beglichen werden.

Sie haben bereits die Vorarbeiten gesehen. Durch die Beseitigung der beiderseitigen Spitzgräben auf eine Verbreiterung von 3 Fahrspuren gebracht, konnte ein neuer Fahrbahnbelag aufgebracht werden, der aus LD-Schlackensplitter der VOEST besteht und aus kunststoffmodifiziertem Bitumen. Er hat eine wesentlich höhere Griffigkeit in technischen Werten, und zwar 65 SRT-Werte gegenüber bisher 45, so daß für die Verkehrssicherheit vorgesorgt ist.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, auch dieser Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Mein dritter Antrag befaßt sich mit dem Ausbau der Christkindl- und Schwammingerstraße und lautet:

17) Bau3-4032/85

Ausbau der Christkindl- und Schwammingerstraße;
Verbreiterung der Reitnerstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 8. 1985 werden im Zusammenhang mit dem Ausbau der Christkindl-, Schwamminger- und Reitnerstraße nachstehend folgende Aufträge vergeben:

1. Straßenbauarbeiten an die Fa. Hamberger, Steyr, zum Preis von S 2,145.927,-
2. Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Berger, Steyr, zum Preise von S 96.045,--

Gleichzeitig wird der Abgeltung nachstehender Grundeinlösungsbeträge im Gesamtausmaß von S 921.900,- an die in der Folge angeführten Grundeigentümer zugestimmt:

Ausbau der Christkindl- und Schwammingerstraße:

| | | |
|--|--------------|-------------|
| 1. Dutzler Josef und Sylvia | S 252.350,-- | |
| 2. Röm. kath. Pfarrgründe, Steyr-Christkindl | S 29.750,-- | |
| 3. Schachner Franz | S 36.750,-- | |
| 4. Hochrather Anna und Karl | S 231.700,-- | |
| 5. Gföllner Theresia | S 28.350,-- | S 578.900,- |

Verbreiterung der Reitnerstraße:

| | | |
|-----------------------------|--------------|--------------|
| 1. Dutzler Josef und Sylvia | S 210.000,-- | |
| 2. Schachner Franz | S 133.000,-- | S 343.000,-- |
| | Gesamtsumme | S 921.900,-- |

wovon im heurigen Jahr 80 % der geschätzten Grundeinlösen (Rest 1986) zur Auszahlung gelangt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von
S 2,699.000,-- (zwei Millionen sechshundertneunundneunzigtausend)
bei der VA-St. 5/612000/002430 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die
Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Es handelt sich hier um einen Akt, den schon Kollege Stadtrat Pimsi in langen Ver-
handlungen vorbereitet hat. Es soll im Bereich des Ortsteiles Kirche und Pfarrhof
Christkindl eine einigermaßen ausreichende Verkehrsregelung durch Schaffung von
Parkplätzen und Verbreiterung der Fahrwege sowie Schaffung eines Gehsteiges mit
Beleuchtung geschaffen werden.

In den Vorverhandlungen wurde den Bauern zugesichert, daß sie die Feldfrüchte
noch ernten können, so daß der Baubeginn jetzt erst erfolgen kann, andererseits
ist es zwecklos, solche Maßnahmen zu tätigen, wenn sie nicht zu Saisonbeginn, das
heißt mit Beginn des Verkehrs nach Christkindl bzw. der Öffnung des Sonderpost-
amtes fertig werden. Es ist gedacht, daß die Feinarbeiten, die Verschleißschich-
ten und dergleichen erst in den späteren Jahren aufgebracht werden.

Zugleich bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, daß noch in der nächsten Periode des
Gemeinderates ein Nachtrag kommt, denn es hat sich herausgestellt, in Entspre-
chung der Bitte des Kollegen Hochrather, der schon vor einiger Zeit hier die An-
frage gestellt hat, ob es nicht möglich wäre, endlich die Grenzen der Stadt gegen-
über den Grundbesitzern festzulegen. Die von Dir veranlaßte Ausmessung hat er-
geben, daß manchmal der öffentliche Verkehr sich auf dem Gebiet der Bauern ab-
wickelt und andererseits wiederum es sich umgekehrt darstellt, so daß erst nach
fertiger Vermessung und Verhandlung mit den Grundbesitzern über die endgültige
Höhe der Grundablösen hier gesprochen werden kann.

Bitte betrachten Sie das als sozusagen vorschußweise Abgeltung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke für den Bericht. Kollege Hochrather hat sich wegen Befangenheit aus
dem Sitzungssaal entfernt.

Der Tagesordnungspunkt steht zur Diskussion. Gibt es dazu eine Wortmeldung?
Das ist nicht der Fall. Ich darf ebenfalls einstimmige Annahme feststellen.

Ich danke Kollegen Sablik für seine Berichte und bitte als nächsten Berichterstat-
ter Kollegen Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen heute 2 Anträge zur Beschlußfassung vortragen. Der erste lautet:

18) ÖAG-4201/85

Stadtwerke

Ausbau der Reindlgutstraße - Erneuerung und Neuverlegung des
Trinkwasserversorgungsstranges; Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 18. Juni 1985
werden im Zusammenhang mit der Erneuerung und Neuverlegung des Trinkwasser-
versorgungsstranges im Zuge des Ausbaues der Reindlgutstraße nachstehende Auf-
träge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH Steyr, Zum
Preise von

S 405.905,-
(exkl. USt)

- | | |
|--|-----------------------------|
| 2. Lieferung der Etoplastrohre einschl. Formstücke und Armaturen an die Fa. ÖAG-Konti, Wels, zum Preise von | S 188.967,90 Texkl. USt) |
| 3. Rohrverlegung an das städt. Wasserwerk zum Preise von ca. | S 28.000,- (exkl. USt) |

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.
Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge
Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand gegen diesen Antrag? Gibt es eine Ent-
haltung? Beides nicht der Fall, der Antrag ist angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein zweiter Antrag betrifft die Sanierung der Erdgasversorgungsleitung Redten-
bachergasse – Schweizergasse und lautet:

19) ÖAG-4497/85

Sanierung der Erdgasversorgungsleitung Redten-
bachergasse – Schweizergasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 2. 7. 1985
werden im Zusammenhang mit der Sanierung der Erdgasversorgungsleitung Redten-
bachergasse – Schweizergasse nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten an die Fa. Negrelli, Steyr, zum Preise von S 398.220,20 exkl. USt
2. Rohrverlegung an das städt. Gaswerk zum Preis von ca. S 65.000,-- exkl. USt

Die erforderlichen Rohre und Formstücke zum Preis von ca. S 246.300,- sind aus
dem bei den Stadtwerken bestehenden Rohrlager zu entnehmen. Die hierfür erforder-
lichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Sta-
tutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht
der Fall. Ich darf ebenfalls einstimmige Annahme feststellen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichterstattung. Anstelle des Kollegen
Wallner, der vorzeitig weg mußte, bitte ich Kollegen Schloßgangl um den Vortrag
der nächsten Berichte.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL an-
stelle des abwesenden Stadtrates Manfred Wallner:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei den von mir vorzubringenden Anträgen handelt es sich um Kanalprojekte.

Beim ersten geht es um die Abwicklung des Bauabschnittes 4 der Kanalisation der
Stadt Steyr.

20) Bau6-4120/82

Kanalisation der Stadt Steyr, Bauabschnitt 04; Errichtung
des Industrikanales Ost in Steyr-Münichholz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 7. 1985 wird zur Abwicklung des
Bauabschnittes 04 der Kanalisation der Stadt Steyr der Auftrag zur Ausführung

des Industrikanales Ost in Steyr-Münichholz der Firma Wirlinger, St. Valentin, zum Preise von S 916.026,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von
S 916.000,-- (neunhundertsechzehntausend)

bei VSt 5/811000/050210 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben diesen Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist angenommen.

GEMEINDERAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag lautet:

21) Bau6-4840/83

Errichtung des Kanales Feldstraße (Kanalisation Weinzierl, 1. Ausbaustufe).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 24. 7. 1985 wird der Errichtung des Kanales Feldstraße (Kanalisation Weinzierl, 1. Ausbaustufe) zugestimmt.

Der Auftrag zur Ausführung der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung des Nebensammlers F III/1 (Teil A) wird der

Firma Illbau, Linz, zum Preise von S 6,311.928,-

und der Nebensammler 9, 10, 11 (Teil B) der

Firma Koller, Grein, zum Preise von S 958.192,-
übertragen.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 3,475.300,-- (drei Millionen vierhundertfünfundsiebzigtausend
dreihundert)

bei VSt 5/811000/050410 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, ich darf ebenfalls die einstimmige Annahme feststellen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für die Berichterstattung. Nächster und zugleich letzter Berichterstatter ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen die letzten 4 Anträge in dieser Periode vortragen und bitte gleich vorweg um deren Genehmigung.

Der erste Antrag betrifft:

22) GHJ2-2003/85

Straße des 12. Februar 2 - Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 19. 6. 1985 werden zur Durchführung

von Instandsetzungsarbeiten im gemeindeeigenen Objekt Straße des 12. Februar 2 nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten an die Fa. Hingerl, Steyr, zum Preise von S 280.832,--
2. Dachdeckerarbeiten an die Fa. Wittner, Steyr, zum Preise von S 217.046,--
3. Spenglerarbeiten an die Fa. Bandzauner, Steyr, zum Preise von S 74.776,--
4. Malerarbeiten an die Fa. Glaser, Steyr, zum Preise von S 102.760,--
5. Gartenzaunherstellung an die Fa. Weidinger, Steyr, zum Preise von S 41.940,--
6. Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Berger, Steyr, zum Preise von S 18.775,--
7. Gewichtsschlosserarbeiten an die Fa. Tuma, Steyr, zum Preise von S 10.700,--

Die anfallenden Kosten in Höhe von S 746.829,- werden von der Stadt getragen. Zum genannten Zweck wird ein Betrag in Höhe von

S 739.500,-- (siebenhundertneununddreißigtausendfünfhundert)

bei der VA-St. 1/846000/010000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 7.500,-- (siebentausendfünfhundert)

bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Beides nicht, ebenfalls so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Mein zweiter Antrag lautet:

23) GHJ2-195/85

Sanierung des Schloßparkteiches.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 2. 7. 1985 wird der Auftrag zur Sanierung des Schloßparkteiches an die Dipl. Ingre Hans Georg Erhard und Elisabeth Erhardt-Radler, Landschaftsarchitekten, 4040 Linz, Dannerweg 5, zum Preis von S 650.000,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 650.000,-- (sechshundertfünfzigtausend)

bei der VA-St. 1/815000/006000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wortmeldungen? Es sind keine vorhanden. Ist jemand dagegen? Enthält sich jemand der Stimme? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der dritte Antrag betrifft:

24) Bau2-4632/85

Übernahme der Kunschakstraße in der öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme der Kunschakstraße, Grundstück 960/22 Kat. Gem. Jägerberg, als Gemeindestraße in das öffentliche Gut der Stadt Steyr wird zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Auch nicht. Ist jemand gegen den Antrag?

Etimmenthaltungen? Ebenfalls nicht, daher Einstimmigkeit.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Mein letzter Antrag lautet:

25) GHJ2-5614/84

KHD-Depot Industriestraße 1; Garageneinbau.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 19. 8. 1985 werden im Zusammenhang mit dem Einbau von 2 Garagen sowie entsprechender Vergrößerung des Waschplatzes der Freiwilligen Feuerwehr im KHD-Depot Industriestraße 1 nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten an die Firma Negrelli, Steyr, zum Preis von S 222.592,--
2. Elektroarbeiten an die Firma Berger, Steyr, zum Preis von S 55.340,--
3. Gewichtsschlosserarbeiten an die Firma Tuma, Steyr, zum Preis von S 53.040,--
4. Malerarbeiten an die Firma Huber, Steyr, zum Preis von S 39.498,--
5. Bodenlegerarbeiten an die Firma Schmidt, Steyr, zum Preis von S 39.060,--
6. Baukosten der OKA, Steyr, zum Preis von S 30.000,--

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 300.000,-- (dreihunderttausend)

bei VSt 5/163000/010190 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 140.000,-- (einhundertvierzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch den letzten Antrag gehört. Wortmeldungen dazu sehe ich keine.

Damit ist auch der letzte Antrag einstimmig angenommen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die Aktuelle Stunde wird heute, in Anbetracht der Tatsache, daß es sich um die letzte Sitzung der Funktionsperiode handelt, gestrichen.

Einer alten Gepflogenheit entsprechend darf ich Ihnen mitteilen, daß wir heute Beschlüsse im Ausmaß von S 23,647.000,- getätigt haben.

Abschließend nochmals meine Bitte um Einhaltung der Wahlübereinkommen. Es hat sich hinsichtlich Plakatierung schon wieder einiges ergeben. Ich würde sehr bitten, daß dieses Wahlübereinkommen eingehalten wird, es soll ein fairer Wahlkampf geführt werden. Ich darf nochmals, obwohl ich es bereits eingangs der Sitzung gesagt habe, den Mitgliedern des Gemeinderates für Ihr Bemühen um eine loyale Zusammenarbeit danken.

In diesem Sinne schließe ich die heutige Sitzung, danke.

Ende der Sitzung: 16.05 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Vizebürgermeister Leopold Wippersberger e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK. Dr.
Gerhard Alphasamer e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Roman Eichhübl e. h.
Hubert Sturmberger e. h.

